

Geschichte der Hochschule für Bodenkultur von den Anfängen bis 1934

Diskussionspapier Nr. 49-R-95

Paulus Ebner

November 1995



Institut für Wirtschaft, Politik und Recht
Universität für Bodenkultur Wien

Die WPR-Diskussionspapiere sind ein Publikationsorgan des Instituts für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur Wien. Der Inhalt der Diskussionspapiere unterliegt keinem Begutachtungsvorgang, weshalb allein die Autoren und nicht das Institut für WPR dafür verantwortlich zeichnen. Anregungen und Kritik seitens der Leser dieser Reihe sind ausdrücklich erwünscht.

Kennungen der WPR-Diskussionspapiere: W - Wirtschaft, P - Politik, R - Recht

WPR Discussionpapers are edited bei the Department of Economics, Politics, and Law at the Universität für Bodenkultur Wien. The responsibility for the content lies solely with the author(s). Comments and critique by readers of this series are highly appreciated.

The acronyms stand for: W - economic, P - politics, R - law

Bestelladresse:

Institut für Wirtschaft, Politik und Recht
Universität für Bodenkultur Wien
Gregor Mendel-Str. 33
A – 1180 Wien
Tel: +43/1/47 654 – 3660
Fax: +43/1/47 654 – 3692
e-mail: h365t5@edv1.boku.ac.at

Internetadresse:

<http://www.boku.ac.at/wpr/wprpage.html>
http://www.boku.ac.at/wpr/papers/d_papers/dp_cont.html

Geschichte der Hochschule für Bodenkultur von den Anfängen bis 1934

Mag. Paulus Ebner^{*)}

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Einleitung	3
1. Zur Geschichte der Universität für Bodenkultur vor 1918	5
1.1. Gründung und erste Krise	5
1.2. Die Übersiedlung	9
1.3. Auf dem Weg zur Universität	12
1.4. Rückschläge und Erfolge	15
1.5. Die Hochschule für Bodenkultur im Ersten Weltkrieg	19
2. Die Krisenjahre 1918-1938	24
2.1. Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit	24
2.2. Das Frauenstudium in der Ersten Republik	26
2.3. Die Radikalisierung der Professoren und der Studentenschaft (vgl. Anhang 1)	27
2.3.1. Die Professoren	27
2.3.2. Die Studenten	29
2.4. Die schwerste Krise (1932-1934)	30
Anhang 1: „Braune“ Vergangenheit der Hochschule für Bodenkultur 1918-1938. Materialien	33
Anhang 2: Das Archiv der Universität für Bodenkultur.	36
Erstellt von Mag. Paulus Ebner. Beratung: Dr. Leo Kammerhofer (Haus-, Hof- und Staatsarchiv)	36

^{*)} Mag. Paulus Ebner, Projektmitarbeiter für das Projekt "Geschichte der Universität für Bodenkultur 1872-1995" (BM für Wissenschaft, Forschung und Kunst) unter der Leitung von Prorektor O. Univ. Prof. Dr. Manfred Welan.

Vorwort

Auf der Suche nach der Vergangenheit der BOKU habe ich als Rektor viele Gespräche geführt. Der Kulturwissenschaftler Allen Janik ("Wittgensteins Vienna") verwies mich auf Dr. Lynne Heller, die eine Geschichte der Wiener Hochschule für Musik und Darstellende Kunst geschrieben hat und derzeit an dieser das Archiv leitet. Leider hat die BOKU noch keinen Archivdienst. Über Empfehlung Dr. Hellers stellte sich nun aber Magister Paulus Ebner vor und unter meiner Leitung wurde vor 2 1/2 Jahren die Grundlage für die Aufarbeitung der Geschichte geschaffen. Der Arbeitsplan wurde als Projekt vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung genehmigt. Er umfaßt einen großen Überblick über die ersten hundert Jahre der BOKU und eine eingehende Untersuchung der letzten 25 Jahre, in denen die BOKU eine in der Hochschulgeschichte einmalige Entwicklung erlebte. Der Wunsch anlässlich der 100 Jahr Feier 1972 "Alma mater viridis vivat, crescat, floreat" erfüllte sich. Der Aufschwung hält an und wird durch die internationalen Verbindungen, insbesondere durch unseren grünen Verbund in Europa gesteigert und verbreitet. Die Zukunft hat schon begonnen. Umso mehr ist die Erinnerung durch die Geschichtswissenschaft notwendig. Ein erster Teil wird mit diesem Papier zur Diskussion gestellt.

M. Welan
Prorektor

Einleitung

Die hier dargestellten Fakten beruhen in erster Linie auf Recherchen im **Archiv der BOKU** (Gregor-Mendel-Straße 33). Dieses Archiv (nähere Erläuterungen im Anhang 2) besitzt zwar nicht den gesamten Archivbestand aus der Geschichte der BOKU (jene Bestände, die die einzelnen Institute betreffen, sind entweder gesondert gelagert oder überhaupt nicht auffindbar), es handelt sich aber um einen weitgehend geschlossenen Bestand von 1872 bis 1986.

Den zweiten Schwerpunkt der Archivarbeit bilden die Bestände **des Ministeriums für Unterricht und Cultus im Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA)**. Jene Faszikel, die sich mit der Hochschule für Bodenkultur beschäftigen, erstrecken sich über einen Zeitraum von 1868 bis 1940 und werden systematisch durchgearbeitet und mit den Ergebnissen, die sich aus dem Bestand des BOKU-Archivs ergeben haben, vernetzt. Von den 50 Faszikel (Nr.1176-1225) wurden bisher ca. 35 bearbeitet.

Als wichtige Orientierungshilfen für die Geschichte der Hochschule (Universität für Bodenkultur) dienen natürlich die vier großen **Festschriften**¹, die von der Hochschule selbst (meist vom Professoren-Kollegium) herausgegeben wurden.

Die Archivarbeit orientierte sich an den - oft systembedingten - Defiziten dieser Arbeiten, die weniger erfreuliche Aspekte der Hochschulgeschichte gerne ausblendeten oder wenigstens an den Rand stellten. Die nachfolgenden Texte beschäftigen sich in erster Linie mit eben jenen Ereignissen, die in der offiziellen BOKU-Geschichtsschreibung bislang zu kurz gekommen sind.

Neben der Archivarbeit galt das Forschungsinteresse in erster Linie zeitgenössischen Zeitschriften und Zeitungen („Land- und Forstwirtschaftliche Unterrichts-Zeitung“² u.a.). Die

¹Zur Gedenkfeier der Gründung der Forst-Lehranstalt Mariabrunn 1813 und der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien 1872. Wien 1912/13

60 Jahre Hochschule für Bodenkultur in Wien. Wien 1933

Jahrbuch der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Band 1/Erster (allgemeiner) Teil. 75 Jahre Hochschule für Bodenkultur. Hrsg. von o. Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hermann Flatscher. Wien 1948

100 Jahre Hochschule für Bodenkultur 1872-1972 (2 Bände). Wien 1972.

ersten Forschungsergebnisse wurden (in gekürzter Form) im von der BOKU herausgegebenen Landwirtschaftsmagazin "Blick ins Land" einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Diese Artikelserie wird bis zum Ende des Projektes fortgesetzt werden.

²Land- und Forstwirtschaftliche Unterrichts-Zeitung. Redigiert im Auftrage des k.k. Ackerbauministeriums 1887- 1914.

1. Zur Geschichte der Universität für Bodenkultur vor 1918

In der Folge werden einige ausgewählte und schon bearbeitete Kapitel in jener Form präsentiert. Dabei werden jene Aspekte besonders betont, die in der Literatur bislang nicht berücksichtigt wurden. Daß dadurch die Impression des Bruchstückhaften entsteht, muß für dieses Diskussionspapier in Kauf genommen werden, im Projekt-Endbericht bzw. der geplanten Festschrift wird größere Kohärenz natürlich angestrebt.

1.1. Gründung und erste Krise

Durch den „Ausgleich“ von 1867 war die einzige „Höhere Landwirthschaftliche Lehranstalt“, die den Unterricht in deutscher Sprache abhielt, an Ungarn gefallen - sie ist bis heute in Mosonmagyaróvár/Ungarisch-Altenburg beheimatet. Deshalb forderten maßgebliche Stellen wie der I. Agrarische Congreß, der im November 1868³ stattfand, die Errichtung einer solchen Hochschule in der österreichischen Reichshälfte, um auch hier die landwirtschaftliche Ausbildung und den Verwaltungsbedarf der Großgrundbesitzer sicherzustellen. Dabei traten durchaus gegensätzliche Meinungen zutage, schließlich bekräftigte ein aus sieben Personen bestehendes Komitee die Forderung nach der Schaffung einer landwirtschaftlichen Hochschule „an der Stelle der aufzulassenden Akademie in Ung. Altenburg“⁴. Diese sollte die höchste landwirtschaftliche Ausbildung bieten, die „landwirtschaftliche Wissenschaft mit Grund- und Hilfswissenschaften pflegen und Lehrer für landwirtschaftliche Fächer heranbilden. Während sich der „Agrar-Congress“ rasch auf einen Lehrplan einigen konnte, blieb die Standortfrage umstritten. Erstmals trat ein Konflikt zutage, der für die Geschichte der BOKU typisch werden sollte, nämlich der Gegensatz zwischen „Praktikern“ (die eine Versuchswirtschaft forderten) und „Theoretikern“ (höchste Ausbildung war vorrangig). Die „Praktiker“, die die Minorität stellten, stimmten für Prag oder Brünn, die „Theoretiker“ für Wien.⁵

³ Zur Frühgeschichte vgl. Fasz. 1194 (AVA, Ministerium für Cultus und Unterricht). Hier ist auch die Suche nach einem geeigneten Standort dokumentiert.

Vgl. dazu: Manfred Welan: Rede zum 120. Geburtstag der Universität für Bodenkultur im ehemals Graf Schönborn'schen Palais in der Laudongasse am 1. Oktober 1992. In: ÖZV, Heft 1, 1993, S. 49-52.

⁴ Oesterreichs erster Agrar-Congress zu Wien im November 1868. Besprochen von Carl Graf Belrupt und Otto Baron Petrinó. Innsbruck 1869, S. 38.

⁵ Ebd., S.42

Im Frühjahr 1869 wurde dieses Vorhaben im Reichsrat diskutiert und im folgenden Jahr die für dieses Vorhaben notwendigen gesetzlichen und logistischen Voraussetzungen vom 1868 installierten k.k. Ackerbauministerium⁶ (als Minister amtierte Ritter von Chlumecky) geschaffen. So konnte die "Hochschule für Bodencultur" schon 1872 eröffnet werden. Sie wurde im Schönbornschen Palais (Wien, 8. Bezirk, Laudongasse 17), also in der Nähe der Universität untergebracht.

Bevor es allerdings soweit war, mußten sieben Bedingungen des Gemeinderates⁷ erfüllt werden und die Vormieter (unter anderem eine Theaterschule und ein Turnverein) abgesiedelt werden. Die Vermietung war ursprünglich auf zehn Jahre befristet. Die Miete betrug ursprünglich 4500 fl, also etwas weniger als ein Zehntel des geplanten Budgets von 45.600 fl.

Bei der feierlichen Eröffnung der Hochschule betonte der Ackerbauminister von Chlumecky die überragende Rolle der „Urproduktion“ für das wirtschaftliche Leben Österreichs. Die Fachschule könnten die Nachfrage nach ausgebildeten Agrariern schon lange nicht mehr befriedigen, außerdem benötige die Monarchie dringend eine wissenschaftliche Forschungsstelle für die Bodenproduktion.

Rektor Martin Wilckens versprach zwar der österreichischen Landwirtschaft die Bereitstellung von „denkenden und urteilsfähigen Jüngern“, betonte aber (stärker als der Minister), daß es keineswegs Aufgabe der Hochschule sei, landwirtschaftliche Praktiker zu drillen. Der Gedanke einer Fachhochschule war Wilckens ganz besonders verhaßt, was sich auch wenige Jahre später noch deutlich manifestieren sollte.

Anfangs besaß die Hochschule nur eine "landwirtschaftliche Sektion", 1875 erfolgte die Auflösung der k.k. Forstakademie in Mariabrunn und die Errichtung der "forstlichen Sektion" in Wien (ebenfalls im 8. Bezirk, Skodagasse 17).⁸

Vom inneren Aufbau glich die Lehranstalt sehr stark der österreichisch-ungarischen Monarchie: Beide Sektionen wurden von je einem sehr selbständigen Dekan geleitet, einer der beiden Dekane wurde zum Rektor gewählt. Diese Verfassung blieb bis 1878 gültig.

⁶ Ebd. Besonders interessant die (gedruckte) Denkschrift (Zahl 1094/386) Die landwirtschaftlichen Unterrichts-Anstalten und Vereine der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Wien 1868. Hier wird ein Überblick über das Ausbildungswesen im Agrarbereich vor der Gründung der Hochschule geboten.

⁷ Ebd., Z.4503/1643, 12.8.1869

⁸ Nach den jüngsten Recherchen von Prof. Killian ist es allerdings sehr zweifelhaft, daß die forstliche Section wirklich an dieser Adresse tätig war.

Im Jahr 1879, die Hochschule für Bodencultur hatte die Hörerzahlen stetig steigern können (von 51 im Jahr 1872 über 167 im Wintersemester 1875/76 auf 420 im WS 1878/79), kam es zu einer unerwarteten Krise:

1878 war die Hochschule in den Verantwortungsbereich des “Ministeriums für Cultus und Unterricht“ überstellt worden. Dem Ministerium wurde vom Professorenkollegium eine “Denkschrift über die Vereinigung der Hochschule für Bodencultur mit der k.k. Universität oder technischen Hochschule zu Wien“ überreicht, welche natürlich für die Selbständigkeit plädierte.

Doch ein Professor hielt sich nicht an diese Linie. In einer im Eigenverlag (mögliche Erträgnisse sollten zugunsten notleidender Studenten der Hochschule verwendet werden) gedruckten Broschüre mit dem komplizierten Titel “ Der Hochschul-Unterricht für Land- und Forstwirthe im Hinblick auf die Frage der Einverleibung der Wiener Hochschule für Bodencultur in die Wiener Universität“⁹ sprach sich ausgerechnet der erste Rektor Martin Wilckens, er lehrte von 1872 bis 1897 Tierzucht und Tierphysiologie, gegen die Existenz seiner eigenen Hochschule aus.

Einige Professoren scheinen Wilckens’ Alleingang vorausgeahnt zu haben. So stellte etwa Prof. Wilhelm Exner “in Erwägung, daß es zweckmäßig ist, eine wichtige Angelegenheit bei der Vorbereitung von allen Seiten zu beleuchten“¹⁰ den Antrag, Wilckens in die Ausarbeitung der (offiziellen) Denkschrift einzubinden.

Was veranlaßte einen Hochschullehrer wie Wilckens, der mit der Anstalt von Anfang an eng verbunden gewesen war, zu einem derart spektakulären Schritt? Sein Hauptkritikpunkt war die Vernachlässigung der staatswissenschaftlichen Ausbildung, ja überhaupt der Allgemeinbildung. Man darf nicht vergessen, daß die Hochschule in dieser Zeit in beiden Sektionen nur eine dreijährige Studiendauer aufzuweisen hatte und im Studienaufbau eher einer Fachschule als einer Universität glich.

Ein Auszug aus Wilckens’ manchmal überraschend aktuell anmutender Schrift:

„Was ist eine ‘Fachhochschule’? Mir kommt dieser Begriff so vor wie der Begriff des ‘hölzernen Eisens’. [...] An der Hochschule für Bodencultur fehlen die philosophischen, die

⁹ Diese Denkschrift war interessanterweise im BOKU-Archiv nicht auffindbar, sie findet sich in Fasz. 1191 (AVA, Min. für Cultus und Unterricht), aber auch an der Universitätsbibliothek Wien. Sie wurde bislang von den Festschriften nicht beachtet.

¹⁰ Vgl. Archiv der BOKU, 126/1879, dazu auch noch 160/1879 und 192 /1879 (Protokolle von Sitzungen des Professorenkollegiums).

allgemeinen und culturhistorischen und die literarhistorischen Vorlesungen. Die staatswissenschaftlichen Vorlesungen werden an der Hochschule für Bodencultur von Seiten der Hörer gegenüber den fachwissenschaftlichen entschieden vernachlässigt. Selbst die naturwissenschaftlichen Vorlesungen werden in geringerer Zahl frequentirt, als die fachwissenschaftlichen.“¹¹

Wilckens bedauert auch, daß Kritikfähigkeit und selbständiges Denken bei den Studenten höchst unterschiedlich ausgeprägt sei. Diejenigen, die von einer Landwirtschaftsfachschule auf die Hochschule wechseln, sind seiner Meinung nach für ein Studium zum großen Teil nicht geeignet. Für den Autor ist offensichtlich der Praxisbezug weniger wichtig als die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit.

Da die Hochschule für Bodencultur in den sechseinhalb Jahren ihres Bestandes auch noch keinen Privatdozenten, also keinen Habilitierten, hervorgebracht habe, schlägt Wilckens ihre Vereinigung mit einer noch zu schaffenden staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien vor. In dieser Fakultät sollten auch die wissenschaftliche Theorie der Technik und des Bergbaus untergebracht werden.

Diese Broschüre entfachte “einen Sturm der Entrüstung im Professorenkollegium“ und hatte “eine Manifestation der Mißbilligung zur Folge“¹². Wilckens wurden zum Teil niedere Beweggründe (Karriere!) unterstellt, das Professorenkollegium machte dem Ministerium gegenüber deutlich, daß es sich hier um eine isolierte Einzelmeinung handle.

In der Tat blieb diese Konfrontation weitgehend folgenlos, denn die Hochschule wurde nicht nur nicht aufgelöst, sie wuchs und sprengte den engen Raum, der ihr zur Verfügung gestellt wurde. Martin Wilckens wurde - wenigstens offiziell - nicht gemaßregelt, er gehörte noch fast 20 Jahre lang dem Professorenkollegium der Hochschule an, ging aber nicht mehr mit unorthodoxen Vorschlägen an die Öffentlichkeit.

Es bleibt sein Verdienst, so wichtige Fragen und Themen wie “Fachhochschule oder Universität“, “Vorzug für Theorie und Forschung oder für die Praxis“ und “Kritikfähigkeit der Studentenschaft“ erstmals in der Geschichte der Hochschule gestellt und behandelt zu haben. Diese Themen haben die Diskussion um das Selbstverständnis der BOKU auch im nächsten Jahrhundert geprägt.

¹¹ Martin Wilckens: Der Hochschul-Unterricht für Land- und Forstwirthe im Hinblick auf die Frage der Einverleibung der Wiener Hochschule für Bodencultur in die Wiener Universität. Wien 1878

¹² Fasz. 1191 (AVA, Ministerium für Cultus und Unterricht), Z. 3466/1879 und 4692/1879. Bei den Zitaten handelt es sich um Aktenvermerke.

1.2. Die Übersiedlung

In den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts änderten sich die Rahmenbedingungen für das Studium (Einführung von Staatsprüfungen), eine neue Studienrichtung, die Kulturtechnik, wurde 1883¹³ eingerichtet, der Platzmangel wurde zum großen Problem. Bereits 1886 wurden erste Versuche unternommen, eine dauerhafte Heimstätte für die expandierende Hochschule zu finden. Denn daß das Schönborn'sche Palais nur eine Übergangslösung darstellte, war allen Beteiligten klar. Verhandlungen mit der Gemeinde Währing wurden vom Ministerium für Finanzen sehr schnell beendet. Der Finanzminister ließ das Unterrichtsministerium wissen, daß er zu seinem "lebhaften Bedauern nicht in der Lage [sei], der in Aussicht genommenen Herstellung eines Neubaus für die Hochschule für Bodencultur meine Zustimmung zu erteilen."¹⁴ Ein neuerlicher Vorstoß im Jahr 1888 (die Miete fürs Schönborn'sche Palais war gerade erhöht worden) scheiterte ebenfalls am Finanzminister.¹⁵ Überhaupt folgen die Bemühungen um einen Neubau der Hochschule dem altbekannten Muster: Das Professorenkollegium drängt, das Cultusministerium unterstützt diese Bemühungen mehr oder weniger intensiv, das Finanzministerium blockiert.

Als 1891 die Miete auf 6000 fl stieg und der Mietvertrag noch einmal um 5 Jahre (bis Oktober 1896) verlängert wurde, wurde der Widerstand seitens des Finanzministeriums doch langsam schwächer. Genau in dieser Situation sah sich das Professorenkollegium veranlaßt, in einer Denkschrift ("Die Ausgestaltung der k.k. Hochschule für Bodencultur in Wien"¹⁶) zur weiteren Entwicklung Stellung zu nehmen.

Den unmittelbaren Anlaß für dieses Papier bildeten "die Erörterungen, welche sich bei den Beratungen des Staatsvoranschlags im Abgeordnetenhaus des hohen Reichsrathes fast alljährlich an die Genehmigung des Erfordernisses der Hochschule für Bodencultur knüpfen".

Am 6. Juni 1891 wurde die Denkschrift durch eine Deputation, bestehend aus dem Rektor Schwackhöfer und den Professoren Hecke und Guttenberg dem Unterrichtsminister überreicht.

13 Auf diese Neugründung wird noch näher einzugehen sein. Ich verweise einstweilen auf die Festschrift anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Kulturtechnik.

14 Fasz. 1198 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 21421/86 (Finanzministerium)

15 Ebd. Z. 8229/88 (Min. f. Cultus und Unterricht).

16 Diese handschriftliche Denkschrift findet sich sowohl im AVA (Min.f.Cultus und Unterricht), Fasz. 1191, Z.11940/91 wie auch im Archiv der BOKU, Zahl 870/91.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Hochschule und einem Hinweis auf die günstige Entwicklung der Hörerzahlen folgt eine heftige Kritik an der Verstreuung und Unzulänglichkeit der Gebäude. Eine Klage, die eigentlich seit dem Bestehen der Hochschule immer wieder deutlich zu vernehmen war.

Die Professoren betonen, daß die „gänzliche Unzulänglichkeit, ja geradezu Gefährlichkeit der Gebäude von behördlicher Seite anlässlich commissioneller Besichtigungen vielfach anerkannt“ wurde.

Trotz dieser Tatsache und einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen sei bislang nichts geschehen:

„Es ist unter diesen Umständen für uns deprimierend, wenn wir unsere Räume fremden Besuchern öffnen müssen und keiner dieser Besucher hat die Hochschule verlassen, ohne seinem Erstaunen Ausdruck zu verleihen über die wenig entsprechende Art, in welcher die einzige agronomische Hochschule des Reiches untergebracht ist.“¹⁷

Ein weiterer Abschnitt der Denkschrift ist der Erwerbung von „Demonstrationsgut“, also praktischen Unterrichtsbehelfen, gewidmet. Hier nehmen die Professoren zu dem Vorwurf Stellung, die Hochschule würde die Praxis zugunsten der Theorie vernachlässigen.

Es mag überraschen, daß sich die Hochschule auch 1891 immer noch nicht vorrangig als berufsbildende Anstalt verstand: Es könne „nicht die Aufgabe der Hochschule sein, fertige Praktiker der Land- und Forstwirtschaft herauszubilden“. Dieses Ziel müsse „wie in jeder anderen Studienrichtung der vorhergehenden oder nachfolgenden Praxis überlassen bleiben.“

Andererseits wird natürlich betont, daß man „den theoretischen Unterricht möglichst durch zweckmäßig geleitete Anschauungen und Übungen, durch Vorführungen der wichtigsten Operationen des Betriebes in der Wirtschaft selbst“ unterstützen wolle.

Neben diesen beiden Hauptforderungen (Raumbeschaffung, Erwerb von Demonstrationsgut) finden sich noch eine Reihe von sehr interessanten und konstruktiven Vorschlägen, die zum Teil auch nach 104 Jahren ihre Aktualität nicht eingebüßt haben:

- enge Zusammenarbeit der Hochschule mit land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalten,
- Zustandekommen eines land- und forstwirtschaftlichen Museums in Wien,
- Integration des „Veterinär-Unterrichts“ in die Hochschule für Bodenkultur.

¹⁷Die Ausgestaltung der k.k. Hochschule für Bodencultur in Wien. Wien o.J. (1891)

Diese sehr energisch gehaltene Denkschrift erwies sich letztlich als erfolgreich, denn 1892 läßt das Finanzministerium den Unterrichtsminister wissen, daß es dazu bereit sei, “einen weiteren prinzipiellen Einwände gegen die Herstellung eines Neubaus für diese Anstalt [...] nicht [zu] erheben“.¹⁸

Es dauerte zwar noch weitere drei Jahre, doch 1894 (Gesetz vom 24.6.) konnten die Verhandlungen mit dem Finanzministerium und dem Ministerium für Cultus und Unterricht zu einem glücklichen Ende gebracht werden. In die engere Auswahl für das Projekt waren folgende Liegenschaften gekommen.

1) Ein “hinreichend großer Theil“ des sogenannten **Kaisergartens** im III. Bezirk, gegenüber dem Rudolfsplatz (Anm.: “ziemlich teuer“).

2) Der frühere **Linienwallgrund** im IV. Bezirk gegenüber der Südbahn. (Anm.: Wahrscheinlich unentgeltlich zu bekommen, aber zu klein)

3) Die Freiherr von **Doblhoff'sche Realität** in Weinhaus nahe des Wienerwaldes (“verhältnismäßig billig“).

4) Auf dem “**regulären Stromgebiete** der Donau“.¹⁹

Alle diese Pläne wurden jedoch verworfen. Letztlich entschieden sich die maßgeblichen Stellen für den Vorschlag, den Neubau in Ober-Döbling, an der **Türkenschanze** zu errichten. Der Baugrund befand sich im Besitz des k. und k. Kriegsministerium, welches sich zum Verkauf bereit erklärte. Wilhelm Exner hatte klugerweise Kontakt mit dem zuständigen Ministerialrat im Finanzministerium August von Engel (genannt „Würgengel“) aufgenommen und gemeinsam setzten sie diese Situierung der Hochschule durch. Exner hatte 1895 in einer Sitzung des Professorenkollegiums realistischere gemeint, daß nur der Stephansplatz die Mehrheit der Professoren gewinnen würde.²⁰

In zwei Jahren wurde neben dem “Türkenschanzpark“ im 18. Bezirk jenes Gebäude errichtet, das auch heute noch das Zentrum der BOKU ist. Der in schier endlosen Diskussionen und Untersuchungen gefundene Standort war nicht unumstritten: die Baugründe lagen praktisch

¹⁸ Fasz. 1198 (AVA, Ministerium für Cultus und Unterricht), Z. 26064/92 (Finanzministerium). Liegt bei Akt 26690/92 (Unterrichtsministerium).

¹⁹ Ebd., Z. 11084/93.

²⁰ Vgl. Manfred Welan: Rede (wie Anm. 3), S.51.

auf freiem Feld, im unbewohnten Gebiet, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr fehlte²¹, die Möglichkeiten für die Errichtung von Lehrgärten waren beschränkt. Da die Lage im Schönbornschen Palais unhaltbar geworden war, wurde diese Lösung schließlich doch akzeptiert. Am 24.6.1894 wurde folgender Erlaß veröffentlicht:

„Ich ertheile den von beiden Häusern des Reichsrathes beschlossenen Gesetzentwürfe, betreffend der Aufbringung der Mittel für den Bau einer Hochschule für Bodencultur, Meine Sanction und übergebe Ihnen das mit Meiner Unterschrift versehene Gesetz.“²²

Ein interessantes Detail am Rande: Der Wiener Cottageverein verlangte in einer Eingabe²³ eine Berücksichtigung der „villenartigen Bauanlagen“ in der Umgebung bei der architektonischen Gestaltung. Gleichzeitig wird eine Art „Umweltverträglichkeitsprüfung“ für den Neubau verlangt: Die „ungestörte Wasserversorgung“ und die „gesicherte reichliche Zufuhr von reiner Luft“ waren dem Cottageverein ein Anliegen. Das Ministerium hatte für diese Vorschläge durchaus ein offenes Ohr.²⁴

Die Inaugurationsfeier für Rektor Wilhelm Franz Exner (1896/97) konnte am 5. Dezember 1896 bereits in der Aula der neuen Hochschule stattfinden. Das Thema von Exners Antrittsrede lautete: „Übersicht des Lehrgebäudes der Hochschule für Bodenkultur“.

Das Gebäudes an der Türkenschanze war für ungefähr 350 Hörer konzipiert (1895/96 waren 315 Hörer inskribiert); als 10 Jahre später die Hörerzahl auf fast 1000 gestiegen war, erwies sich das eben noch gefeierte Gebäude als viel zu klein und die eben geschilderte Debatte konnte von neuem beginnen...

1.3. Auf dem Weg zur Universität

Nachdem die Übersiedlung der Hochschule abgeschlossen war, wollte das Professorenkollegium eine Verlängerung erreichen: Seit dem Beginn der Lehrtätigkeit im Jahr 1872 war das Studium auf drei Jahre angelegt. Es galt als abgeschlossen, wenn drei Staatsprüfungen abgelegt waren (vor 1888 gab es nur zwei dieser Prüfungen), doch war mit

21 Das Drängen des Professorenkollegiums auf eine eigene Haltestelle „Hochschule für Bodenkultur“ der Vorortelinie zwischen Gersthof und Ober-Döbling wurde abschlägig beschieden. Vgl. Archiv der BOKU 273/1896, Mit 774/96 und 776/1896 wurde auch die Errichtung einer Tramwaystation („zu große Steigung“) abgelehnt.

22 Fasz. 1198 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 14.756/94

23 Ebd., Z. 8182/94

diesem Abschluß kein akademischer Titel verbunden. Dieser Kampf um die Studienverlängerung ist deswegen so wichtig, weil hier die Hochschule erstmals als ernstzunehmende Universität und nicht als Fachschule auftrat.

In Studienjahr 1897/98 erhält das Ministerium für Unterricht und Cultus die erste Eingabe seitens der Hochschule, die eine Verlängerung der Studiendauer auf vier Jahre fordert. Bis 1904 gehören derartige Eingaben zum Alltagsgeschäft zwischen Ministerium und Hochschule. Alle diese Schriften haben ein ähnliches Schicksal: Das Ministerium erklärt sich grundsätzlich nicht abgeneigt, verweist aber auf die ablehnende Haltung des Ackerbauministeriums und - natürlich - des Finanzministeriums. Ersteres sah den Praxisbezug des Studiums gefährdet, der Finanzminister befürchtete zurecht eine Steigerung der Ausgaben.

Eine am 22. Juni 1903 einstimmig beschlossene Resolution des Professorenkollegiums faßt noch einmal die wichtigsten Argumente für diesen Schritt zusammen. Die Verlängerung der Studienzeit sei nötig, weil es ein "Mißverhältnis zwischen Studienaufgabe und Studiendauer" gibt, weil die "Masse des zu bewältigenden Lehrstoffes die geistige Fassungskraft der Hörer weit übersteigt" und weil der Laboratoriumsunterricht leidet.

Die Professoren betonen, daß "das gegenwärtige geistige Niveau der Schule immer weniger dem Charakter einer Hochschule entspricht" und warnen, daß unter diesem Niveauverfall sowohl der Staat wie auch die Waldbesitzer sehr bald leiden werden. (Ein wichtiger Hinweis auf eine der wichtigsten Funktionen der Hochschule, die Ausbildung von geschulten Verwaltern für große Besitzungen.)

„Die den gesamten Lehrerfolg in deutlichster Weise widerspiegelnden Ergebnisse der Diploms- und Staatsprüfungen sind trotz der Milde, welche von den Examinatoren - den Verhältnissen Rechnung tragend - in der Regel geübt wird, äußerst dürftig und besorgniserregend.“²⁵

Als Beilage wurde ein durchschnittlicher Stundenplan mitgeschickt, der wirklich beeindruckende Stundenzahlen aufweist: So kommen Kulturtechniker auf 38, Landwirte auf 46, Forstwirte sogar auf 55 (!) Vorlesungs- und Übungsstunden pro Woche. Dabei sind die

24 Ebd., Z.10935/94

25 Alle Zitate aus einem „einheitlich gefaßten Beschluß des Professoren-Kollegiums“ vom 22.6. 1903, der mit 4 Beilagen versehen an das „Hohe Ministerium für Cultus und Unterricht“ geschickt wurde. Archiv der BOKU Z. 828/1903.

teilweise beachtlichen Anreisezeiten (die Schwierigkeiten mit dem öffentlichen Verkehr wurden bereits erwähnt) und die ebenfalls notwendige Lernzeit noch gar nicht eingerechnet.

Diese Resolution wurde deswegen so ausführlich zitiert, weil sie im Gegensatz zu den vorangegangenen Eingaben ein konkretes Ergebnis zur Folge hatte: Das Ackerbauministerium sprach sich für eine Verlängerung der Studienzeiten für Forstwirte und Kulturtechniker aus. Bei den Landwirten fiel die Antwort noch unentschieden aus: Verlangt wird auf jeden Fall die Zurückdrängung des theoretischen Unterrichts und die Einführung einer Vorpraxis.

Um endgültig Klarheit zu schaffen, entschließt man sich zu einem ungewöhnlichen Schritt: Die landwirtschaftlichen Gesellschaften der österreichischen Länder werden um Gutachten gebeten. Diese Gutachten, die im Laufe des Jahres 1904 in Wien eintreffen²⁶, spiegeln auch die politische Situation des Vielvölkerstaates wieder: Aus Mähren treffen gleich zwei Schreiben in Wien ein; sie unterscheiden sich zwar nicht durch inhaltliche Aspekte, wohl aber durch die Sprache: Die böhmische Sektion des Landwirtschaftsvereins bestand selbstverständlich auf tschechisch, die deutsche Sektion gab ihr Gutachten in deutscher Sprache ab. Während Länder wie die Bukowina oder Krain auf deutsch antworteten, blieben die italienischen Vereine (Triest, Trentino) bei ihrer Landessprache.

Inhaltlich ließ sich eine breite Zustimmung zur Verlängerung bei den Forstwirten und Kulturtechnikern und eine knappe Mehrheit für die Verlängerung des Landwirtschaftsstudium feststellen. Die Kärntner Landwirtschaftsgesellschaft führte grundsätzliche Bedenken gegen das Studium in Wien ins Treffen: Es sei wichtig,

„wenn der Nachwuchs an Pionieren des Fortschritts für Berufszweige, deren Arbeitstätigkeit in Gottes freier Natur liegt, alltäglich in die Lage kommt, mit unbefangenen Auge zu entscheiden, während das längere Leben in der Residenz-Stadt und auf der Schulbank die Sinne anderwärtig beschäftigt.“²⁷

Trotzdem sind auch die Kärntner nicht grundsätzlich gegen die Verlängerung: den drei Jahren Hochschule sollte ein Jahr Praxis vorangehen, wenn die "Eltern nicht vom Fache sind".

Fast einhellig wird gefordert, daß gewisse Posten nur an Absolventen der Hochschule vergeben werden. Weiters drängen manche Vertreter der Land- und Forstwirte aus den Ländern auf die Möglichkeit, den Doktorgrad zu erwerben.

²⁶ Vollständig gesammelt in Fasz. 1192 (AVA, Ministerium für Cultus und Unterricht), Z. 27030/04 und im archiv der BOKU, Z. 727/05

²⁷ Ebd. (Satzbau und Schreibweise unverändert wiedergegeben)

In einer neuerlichen Resolution (5.12.1904) schließen sich die Professoren diesem Anliegen an und verlangen noch einmal die Verlängerung des Landwirtschaftsstudiums und die Erstellung entsprechender Normen.²⁸

Das Ministerium bestätigt erstmals offiziell, daß es “im Prinzip geneigt ist, für das forstwirtschaftliche und kulturtechnische Studien die vierjährige Studiendauer einzuführen“²⁹, will aber zuerst die Budgetberechnungen abwarten.

Nach die Verlängerung des Studiums genehmigt ist, müssen die Lehrpläne umgestaltet, und zusätzliche Dozenten und außerordentliche Professoren eingestellt werden. Während die Ministerien noch mit der Hochschule über diese Punkte verhandeln, erläßt Kaiser Franz Joseph in Ischl am 8. August 1905 folgendes Dekret:

„Ich erteile der Hochschule für Bodenkultur in Wien anlässlich der Einführung der vierjährigen Studiendauer das Recht zur Promotion von Doktoren der Bodenkultur nach Maßgabe der zu erlassenden Bestimmungen und erteile Ihnen die erbetenen Ermächtigungen.“³⁰

Etwas später, nämlich am 21. 8.1905, übermittelt das Ministerium für Cultus und Unterricht die Nachricht, daß nun auch das Studium der Landwirtschaft auf vier Jahre verlängert wird.³¹

Mit Verordnung vom 7. Juni 1906 wird die neue Staatsprüfungsordnung erlassen, die für alle drei Studienrichtungen drei Staatsprüfungen vorsieht, ein Monat später folgt die erste Rigorosenordnung. Bereits am 18. Mai 1907 findet die erste feierliche Promotion an der Hochschule für Bodenkultur statt. Ein deutliches Zeichen für das gestiegene Prestige des Hauses am Türkenschanzpark .

1.4. Rückschläge und Erfolge

Die Geschichte der Hochschule darf nicht als eine ununterbrochene Erfolgsgeschichte gesehen werden, auch wenn die rasante Entwicklung vor 1914 eine solche Interpretation manchmal nahe legen mag.

²⁸ Resolution (8Bögen) des Professoren-Collegiums vom 5.12.1904: Boku-Archiv, Z. 1495/1904.

²⁹ Archiv der BOKU, Z. 300/05 (= Min. f. Cultus und Unterricht 42625/ex 1904)

³⁰ Fasz. 1192 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 30751/1905.

³¹ Archiv der BOKU, Z. 980/05 (liegt bei 232/15)

Eine der großen (bis heute) unerfüllt gebliebenen Anliegen der Hochschule war die Schaffung eines Agrarmuseums in Wien. Bereits vor der Errichtung des Neubaus an der Türkenschanze regte Wilhelm Exner in einem Brief die Gründung eines landwirtschaftlichen Museums in “Verbindung mit der Hochschule für Bodencultur“ an.³²

Diese Ideen scheitern ohne größere Diskussionen an den fehlenden Mitteln. In den folgenden Jahren tritt der schon seit 1890 existierende “Verein zur Gründung eines österreichischen Museums für Landwirtschaft in Wien“ immer wieder mit Eingaben an das Cultusministerium heran. Dieser Verein konstituierte sich nach der großen Land- und Forstwirtschaftsausstellung von 1890 in der Rotunde und bestand aus adeligen Grundbesitzern und Wissenschaftlern. 1905 zählte diese Vereinigung 27 Gründer und 365 Mitglieder.³³ An der Spitze standen von Beginn an Fürst Schwarzenberg und Prof. Adolf von Guttenberg, einer der renommiertesten Forstwissenschaftler seiner Zeit, Professor und mehrmals Rektor der Hochschule für Bodenkultur.

1897 bietet der Verein dem Finanzministerium an, den Ankauf eines Areals für das Museum auf eigene Rechnung durchzuführen. Das Ministerium verhält sich in Hinblick auf die Errichtungskosten “gänzlich ablehnend“.³⁴

Keine zehn Jahre nach der Übersiedelung in den Neubau beim Türkenschanzpark war dieser Bau schon wieder viel zu klein geworden. Bei den langsam wieder einsetzenden Diskussionen um eine Vergrößerung der Hochschule beteiligte sich der Museumsverein. Er bietet 23.000 Kronen aus dem Vereinsvermögen, wenn “die hohe Unterrichtsverwaltung sich bereit erklärt, einen mindestens gleich hohen Betrag als Leistung zur Errichtung des Musealgebäudes zur Verfügung zu stellen.“³⁵

Das Geld wird von der NÖ. Statthalterei (8.Juli 1905) zwar gerne angenommen, allein es folgt kein Grundankauf. Als die Statthalterei am 13.12.1907 weitere 13.000 Kronen anfordert, reagiert der Verein erstaunt bis empört:

32 Archiv der BOKU, 316/94, vgl. auch die Sitzung des Professorencollegiums vom 11.5.1894 (Z.309/94) und einen Brief von Fürst Schwarzenberg, der um Mitteilung ersucht, ob ein derartiges Museum beim Neubau Berücksichtigung finden könnte. In: Fasz.1198 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 10941/94.

33 Vgl. Archiv der BOKU, Z. 1248/05

34 Fasz. 1198 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 26384/97 und 4358/98 (Finanzministerium)

35 Archiv der BOKU, Z. 226/05

„Auch ist dem Vereine bisher noch keine Mitteilung darüber zugekommen, ob und nach welchem Plane die Errichtung eines Musealgebäudes bei der k.k. Hochschule für Bodenkultur genehmigt sei.“ (27.12.1907)³⁶

1908 verstärkt die Hochschule ihre Aktivitäten für einen Ausbau. Der Neubau war ursprünglich für 350 Hörer konzipiert, seit 1896 hatte sich die Zahl der Hörer aber mehr als verdreifacht: 1000 Studierende (deren Studium nun überdies vier Jahre dauerte) und 58 (1896: 34) Lehrende schufen „unleidliche und unhaltbare Verhältnisse, die als unwürdig der einzigen agrarischen Hochschule Österreichs bezeichnet werden müssen.“ Eine Erweiterung sei „unabweislich notwendig“ geworden.³⁷

Sollte nichts geschehen, so „wäre das Professorenkollegium zu seinem tiefen Bedauern gezwungen, mit dem Antrage auf Einführung eines numerus clausus an die hohe Regierung heranzutreten, um die Frequenz der Hochschule künstlich auf ca. 400 Hörer herabzudrücken.“³⁸

Doch zurück zu den Plänen für die Schaffung eines landwirtschaftlichen Museums: Die Hochschule hatte offenkundig schon vor der Abfassung dieser Stellungnahme eingesehen, daß dazu staatlicherseits keinerlei Mittel eingeplant sind. Deshalb plädiert das Professorenkollegium (darunter befindet sich auch Professor von Gutenberg) für einen Ausbau auf jener Parzelle, der mit dem Geld des Museumsvereins angekauft wurde.

„Diese Fläche war wohl zunächst zur Erbauung des genannten Museums bestimmt; nachdem aber das Zustandekommen desselben unter den herrschenden Verhältnissen ausgeschlossen ist, wird beabsichtigt auf diesem Grund den notwendigen Erweiterungsbau aufzuführen [sic!], welcher in einem Stockwerk ein kleines land- und forstwirtschaftliches Museum - als Lehrmittelsammlung enthalten soll.“³⁹

In der Folge ist zwar immer noch von einem „Ergänzungs- und Musealbau der Hochschule für Bodenkultur“ die Rede, der „Anteil“ des Museums nimmt aber kontinuierlich ab. In den Aktivitäten der Hochschule spielt das Museum ab diesem Zeitpunkt eigentlich keine Rolle, es war mehr oder weniger ad acta gelegt worden.

Der Kampf um eine Erweiterung der Hochschule intensivierte sich indessen. Zu Beginn des Jahres 1909 kommt es zu einer der ersten konstruktiven Aktionen der Studenten in der

36 Ebd., Z.1662/07

37 Promemoria betreffend die Ausgestaltung der k.k. Hochschule für Bodenkultur. Archiv der BOKU, Z. 1628/08

38 Ebd.

Geschichte des Hauses. Die "deutsche Hörschaft" fordert in einer "auf akademischen Boden" abgehaltenen Versammlung das Professorenkollegium auf, es "wolle energisch auf eine auf eine Behebung des unerträglichen Raummangels an der Hochschule hinwirken." Die Professoren greifen diese Forderungen auf, fordern die Studenten aber zur Ruhe auf. In einer Eingabe vom 11.2.1909 an das Ministerium für Cultus und Unterricht schildern die Professoren ihre Nöte:

Prof. Tschermak kann seine Dissertanten aus Raummangel nicht mehr betreuen, Prof. Sedlmayr "teilt mit, dass während seiner Vorlesung im rückwärtigen Teil des Hörsaales von Kulturtechnikern gezeichnet werde", Prof. Liebenberg hat keinen Platz für seine Übungen. Die Eingabe schließt mit einer Warnung: Wenn der Raummangel nicht bald beseitigt wird, würde der Rektor "die Möglichkeit verlieren, auf die Hörschaft weiterhin kalmierend einzuwirken."⁴⁰

Inzwischen war zwar selbst dem Finanzministerium klar, daß eine Erweiterung der Hochschule unumgänglich war, es ging aber noch um die Summe, die in den Ausbau investiert werden sollte. Zwar hatte der Reichsrat auf Antrag des Abgeordneten Sylvester 1908 den Beschluß gefasst, "daß der k.k. Hochschule für Bodenkultur in Wien behufs eines Erweiterungsbaues mindestens 500.000 Kronen zu widmen seien"⁴¹, doch weigert sich das Finanzministerium mehr als 300.000 K flüssig zu machen.⁴²

In dieser verfahrenen Situation greift die "Österreichische Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen" (vormals: Agrarische Zentralstelle) mit einer Reihe von Petitionen ein, die die Fertigstellung des inzwischen mit 440.000 K geplanten Ergänzungsbaus fordern. Unter anderem äußern sich die Landeskulturreferate unter der Enns und ob der Enns, das Consiglio Provinciale d'Agricoltura nel Tirolo, Sezione di Trento, das Consiglio Agrario provinciale dell'Istria, die deutsche Landeskulturrats-Sektion Böhmens, die Landeskulturräte von Tirol und Steiermark, die Galicyjskie Towarzystwo Gospodarskie und der Centralausschuß der k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft Salzburg.⁴³

Ob nun diese Intervention ausschlaggebend war oder nicht, jedenfalls wurde am 8.10. 1910 die Baubewilligung für den "Ergänzungs- und Musealbau" erteilt. Die nun schließlich mit 390.000

39 Ebd.

40 Fasz. 1195 (AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 7417/09. Vgl. auch Z. 37185/09 und Z. 28116/09

41 Fasz. 1198 /AVA, Min. f. Cultus und Unterricht), Z. 4631/09

42 Ebd., Z. 21474/09 (21. Mai 1909)

43 Gesammelt ebd., Z. 21274/10 und 26966/10.

K präliminierten Kosten (von einem Museum konnte - wie schon oben erläutert - trotz dieser Bezeichnung keine Rede mehr sein) wurden ursprünglich sogar unterschritten!⁴⁴

1.5. Die Hochschule für Bodenkultur im Ersten Weltkrieg

Es ist bekannt, daß die (deutschsprachige) österreichische Bevölkerung auf die gegenseitigen Kriegserklärungen der europäischen Mächte im Juli 1914 mit fast grenzenlosem patriotischen Taumel reagierte. Die Hochschule für Bodenkultur bildete da keine Ausnahme. Hier ging er sogar so weit, daß bereits in den ersten Kriegstagen das Hauptgebäude in ein Lazarett (Reserve-Spital 7) verwandelt wurde und so an eine Aufnahme des geregelter Lehrbetrieb nicht zu denken war.

Rektor Josef Ritter von Bauer hatte schon am 2. August 1914 zusammen mit einem anderen Hochschulprofessor (Prof. Cluss) und einem Arzt (Primarius Dr. Lorenz) Institutionen wie den Brauherren-Verein und die Versuchsstation und Akademie für Brauindustrie für das Projekt gewonnen und binnen kurzer Zeit 80.000 Kronen an Spenden gesammelt. Nachdem das Ministerium für Kultus und Unterricht die Umwandlung genehmigt hatte, einigen sich die Hochschule und das Rote Kreuz auf folgende Bereichsteilung bei der Finanzierung: Die Bundesleitung des Roten Kreuz übernimmt die Kosten des Betriebs, das Hochschulkomitee die der Einrichtung.

Im September werden diese Entscheidungen vom Professorenkollegium nicht nur gebilligt, Bauer wird sogar der herzliche Dank ausgesprochen. Daß mit dieser Entscheidung die Aufnahme des Lehrbetriebs zum ursprünglich geplanten Termin unmöglich gemacht wurde, nahmen die Professoren gerne in Kauf: Man hoffte auf ein schnelles Kriegsende. Außer dem Prüfungssaal und einem Chemiehörsaal waren alle Hör- und Zeichensäle besetzt. Auch der eben erst geschaffene Ergänzungsbau wurde zum großen Teil als Spital benutzt.

Insgesamt wurden in kurzer Zeit zwei Operationsräume, Wasch- und Infektionsräume und Krankensäle geschaffen. Bereits am 8. September 1914 (nur 6 Wochen, nachdem die Idee geboren wurde) konnte das Spital eröffnet werden. Insgesamt wurden 50 Betten für Offiziere und 250 für die Mannschaft zur Verfügung gestellt.

⁴⁴ Ebd., Z. 48316/13 Erst nach einer sehr großzügigen Remuneration für den Bauleiter wurde die ursprünglich geplante Summe doch noch überschritten. Vgl. Endabrechnung, Z. 15895/15

Uneinigkeit herrschte unter den Professoren über den Verlauf des Wintersemesters 1914/15. Einige wollten den Lehrbetrieb später (‘‘wenn die Kriegsverhältnisse das gestatten‘‘) wieder aufnehmen, andere das Semester überhaupt streichen. Bei einer Abstimmung im Professorenkollegium setzen sich die Befürworter des Lehrbetriebs mit 12:10 Stimmen gegen die ‘‘Verhinderer‘‘ um Rektor von Bauer durch. Außerdem entschied das Ministerium für einen späteren Beginn des Semesters.

Aber auch die Prüfungstermine waren ernsthaft gefährdet. Den Studenten wurde untersagt, das Gebäude durch den Haupteingang zu betreten, die Bibliothek konnte nicht zur Prüfungsvorbereitung genutzt werden.

Die Suche nach einem Ersatzquartier für den mit 7.1.1915 angesetzten Semesterbeginn (WS 1914/15) gestaltete sich zunächst schwierig, durch die geringe Anzahl der verbliebenen Studenten (die Hörerzahlen gingen von rund 1100 auf 300 zurück) genügten schließlich die verbliebenen Hörsäle. Die Türen zu den als Krankenhaus dienenden Trakten blieben versperrt. Ein Teil der Veranstaltungen wurde in der Brauerei-Akademie abgehalten.

Die strenge Trennung zwischen Studien- und Spitaltrakt erwies sich als dringend notwendig. Im April 1915 treten zwei Fälle von Typhus auf, die Hochschule wird sofort geschlossen. Am 27. 4. 1915 wurde das bislang schwierigste Semester in der Geschichte der Hochschule beendet. Der noch nicht vorgetragene Lehrstoff sollte im Sommersemester abgeschlossen werden.

Daß sich der Krieg auch im universitären Alltag niederschlug, zeigen Geheimberichte von der Observierung aller südslawischen (auch der slowenischen und kroatischen) Studenten. Noch unangeneher war natürlich die Situation der Studenten aus Feindstaaten. Trotzdem überrascht es, daß über das Thema, ob diese Studenten noch zu den österreichischen Hochschulen zugelassen werden, überhaupt diskutiert wurde. An der Hochschule studierten im Sommersemester 1914 immerhin 89 Russen (9% der gesamten Hörschaft), aber nur 6 Serben und ein Japaner.

In einer Denkschrift der Professoren Leiningen und Marchet wird am 14.10.1914 auf das geringe Niveau der russischen (außer den offensichtlich ‘‘braven‘‘ polnisch- und deutschrussischen) und serbischen Studenten verwiesen. Diese stellten überdies ‘‘fast ausnahmslos ein hetzendes und treibendes Element dar‘‘ und wären anarchistisch eingestellt, ohne dies vor ihren Professoren zu verheimlichen. Gegen die japanischen Studenten wird ins Treffen geführt, daß sie zwar ‘‘mit großem Fleiß ihren Studien obliegen‘‘, dafür aber ‘‘wirtschaftlich zweifellos außerordentlich gefährlich‘‘ seien.

Noch im Oktober 1914 erläßt das Unterrichtsministerium ein Inskriptionsverbot für Studierende aus Belgien, Großbritannien, Japan, Rußland, Serbien, Montenegro und Frankreich.

Im Sommer 1915 verstärkten sich die Bedenken der Professorenschaft wegen der Beeinträchtigung des Lehrbetriebs durch das Lazarett. Der Lehrkörper der Hochschule bat um die Rückgabe des Südtraktes des Hauptgebäudes. Außerdem räumte das Spital den Prüfungssaal. Dafür wurde der Nord- und der Mitteltrakt dem Lazarett übergeben.

Im Sommersemester 1916 endete - nach fast zwei Jahren - diese Episode der Hochschulgeschichte. Die Spitalssituation in Wien hatte sich soweit gebessert, daß das Reservespital aufgelöst werden konnte. Die immer wieder thematisierte Behinderung des Studienbetriebs hatte sich aber ohnehin in Grenzen gehalten, nachdem die Zahl der Studenten (Kriegsdienstleistungen, Ausschluß von Studenten aus Feindstaaten) stark zurückgegangen war.

Die Inskriptionszahlen sind eine höchst interessante, weil durchaus nicht leicht zu interpretierende Quelle: Im ersten "Kriegssemester" 1914/15 waren noch 314 Hörer (Landwirtschaft: 140, Forstwirtschaft: 140, Kulturtechnik: 34) inskribiert. Diese Zahl sank bis zum Sommersemester 1916 auf 144 (61/60/23). Danach aber läßt sich ein beachtlicher Anstieg an Hörern feststellen. Obwohl der Krieg mit immer größerem Aufwand geführt wurde, stiegen die Hörerzahlen im Wintersemester 1917/18 auf 409 (210/155/37). Die beiden letzten Kriegssemester brachten jeweils eine Verdoppelung der Inskriptionen: Die Zahl der Hochschulstudenten erhöhte sich von 817 (Sommersemester 1918) auf die Rekordzahl von 1580 (1009/440/131).

Man kann annehmen, daß diese Studenten vor allem aus Kriegsheimkehrern bestanden, die ihr Studium unterbrechen mußten und nun wegen einer Verwundung oder aus anderen Gründen (Studierende wurden vorrangig vom Militärdienst entlassen), nicht mehr an der Front Dienst machen mußten. Eine weitere Ursache für diesen außergewöhnlichen Anstieg gegen Kriegsende hin liegt in den Studierenerleichterungen, die den Soldaten und Offizieren gewährt wurden.

Laut eines von den Professoren Liebenberg, Friedrich, Marchet, Wilhelm und Cieslar verfassten Memorandums ging es der Hochschule darum, "möglichst schnell den bedeuteten Kräfteverlust zu ersetzen, den die Bodenkultur durch den Verlust so vieler blühender Leben

und durch den Abfall anderer, die ihre Studien aufgeben und sich dem ständigen Militärdienste zuwenden, durch Invalidität etc., erlitten hat.“⁴⁵

Auch sonst war die Hochschule von (teilweise durchaus fragwürdigen) patriotischen Gefühlen geleitet. So wurde Erzherzog Eugen, dem “siegreichen Feldherrn gegen das treulose Italien, der als Förderer der Wissenschaft bekannt ist“ (so die Formulierung im Glückwunschtelegramm) im Juni 1916 die Ehrendoktorwürde verliehen.

In einem Brief des Rektorats (1.2.1916) an den Rektor der deutschen technischen Hochschule in Prag, der in übler Diktion die “Überschwemmung der Staatsämter mit tschechischen, minderwertigen Elementen“ beklagt hatte, hob das Professorenkollegium den deutschen Charakter der Hochschule besonders hervor, schließlich sei die Unterrichtssprache, die Gesinnung der Professoren und der Mehrheit der Hörer “deutsch“.

Diese deutsche Mehrheit (der Begriff “österreichisch“ kommt in diesem Brief der Professoren nicht vor) schütze die Gleichberechtigung aller Studenten, “da zu der im Nationalitätenstaat notwendigen führenden Rolle - womit weder eine Vorherrschaft der einen noch eine Unterdrückung anderer Nationen gemeint ist -, vermöge ihrer geschichtlichen und kulturellen Entwicklung und ihrer staatserhaltenden Fähigkeiten nur die Deutschen in Österreich berufen sind.“

Neben diesen für die Zukunft stilprägenden Manifestationen des Deutschnationalismus konnten auch noch Sachfragen gelöst werden: Mit kaiserlichen Verordnung vom 14. März 1917 wurde endlich die Titelfrage für Absolventen der Hochschule geklärt:

„Zur Führung der Standesbezeichnung Ingenieur sind diejenigen berechtigt, welche die Studien an einer inländischen Hochschule technischer Richtung (Technische Hochschule, Montanistische Hochschule, Hochschule für Bodenkultur), und zwar an einer Fachabteilung, für welche mindestens zwei Staatsprüfungen vorgesehen sind, ordnungsgemäß abgelegt haben.“⁴⁶

Damit waren endlich auch jene Mehrheit von Absolventen zur Führung eines akademischen Titels berechtigt, die Ihr Studium nicht mit einer Dissertation beenden konnten.

In einem anderen Punkt erwies sich die Hochschule ebenfalls als weitsichtig. Das Ministerium für Kultus und Unterricht, einige andere Ministerien und das k.u.k. Armeeoberkommando informierten die österreichischen Hochschulen Anfang 1917 von der geplanten Einführung verpflichtender Wehrkundevorlesungen und -übungen (gehalten von Offizieren) auf

⁴⁵Archiv der BOKU: Komiteebericht Z. 691/1917 (20.6.1917)

⁴⁶RGBL. 130 vom 14.3.1917

akademischen Boden. Alle österreichischen Hochschulen lehnten diese Vorschläge ab. Die Hochschule für Bodenkultur (Referent war ein ehemaliger Rektor, der Jurist Johann von Bauer) lieferte am 8.5.1917 die fundierteste abschlägige Antwort, die in einer mutigen grundsätzlichen Absage (Bauer war beileibe kein fortschrittlicher Jurist!) an eine militarisierte Gesellschaft gipfelte:

“Die Weltgeschichte wird seit Beginn der Zeiten [...] kein trostloseres Bild aufweisen, als den in Waffen starrenden Staat, bei dem der Kampf um seine Existenz Selbstzweck und Endzweck geworden ist; es wird dann jener Punkt erreicht sein, von dem die absteigende Kurve der Kultur- und Lebensgeschichte der abendländischen Völker ihren Ausgang nimmt.“⁴⁷

Weiters meinte Bauer, dessen Entwurf vom Professorenkollegium einstimmig gebilligt wurde, daß “für Lehrkräfte, die unter völliger Ausschaltung des akademischen Einflusses [...] berufen werden, im Organismus einer autonomen österreichischen Hochschule, deren Wissenschaft und Lehre frei ist, kein Raum“ sei. Bauers deutliche Worte hatten den gewünschten Erfolg, die Militarisierung der Hochschule konnte abgewendet werden.

⁴⁷Ebd., Z. 464/1917 (8.5.1917)

2. Die Krisenjahre 1918-1938

In den 20 Jahren, die zwischen der Ausrufung der Republik und dem Untergang des Staates lagen, kommt die Hochschule für Bodenkultur eigentlich nie zur Ruhe. Die Krise ist allumfassend: Der Rückgang der Hörerzahlen korrespondiert mit dem Rückgang der Dotationen aus öffentlichen Mitteln, die politische Krise ist damit natürlich engstens verknüpft und endet in einer Katastrophe. In den Jahren 1933, 1934 oder 1938 machen die „politischen“ Akten fast die Hälfte des Gesamtbestandes aus, die Hochschule kann ihren eigentlichen Aufgaben, also Forschung und Lehre, nur mehr am Rande nachkommen. In diesem Teil wird daher die wissenschaftliche Seite des Hochschullebens zu kurz kommen, sie wurde in der bislang erschienen Literatur auch viel breiter diskutiert als die politische Vergangenheit⁴⁸.

2.1. Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit

Unmittelbar nach Kriegsende waren nicht weniger als 1784 Hörer inskribiert, damit wurde die bisherige Höchstmarke an Hörern um nicht weniger als 52% übertroffen! Das Professorenkollegium bezeichnete schon im Oktober 1918 den klaglosen Betrieb der Mensa als „Lebensfrage für die Hörschaft“, da die „Straßenbahn nur selten verkehrt und es keine Gasthäuser gibt“ (11.10.1918).

Die Attraktivität der Hochschule beruhte einerseits auf ihrer Funktion als (minimales) soziales Netz, andererseits auf recht weitgehenden Erleichterungen beim Studium für die (ehemaligen) Soldaten.

Für neu eintretende Hörer, deren Matura schon Jahre zurücklag, wurden Repetitorien eingerichtet, in denen der Schulstoff noch einmal vorgebracht wurde. Sonst war für diese Gruppe aber keine Begünstigung vorgesehen.

Für Soldaten und Invaliden wurde sehr wohl eine Kürzung des Prüfungs- und Arbeitsstoffes erwogen. Außerdem wurden die Staatsprüfungen erleichtert. Diese Studenten mußten auch keine Inskriptionsgebühr bezahlen.

⁴⁷ Die von der ÖH herausgegebene Broschüre „Verdrängte Geschichte? Die Hochschule für Bodenkultur im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Wien 1985“ verdient großen Respekt für das erste Aufgreifen dieses Themas. Allerdings konnten die Autoren nicht auf den Bestand des BOKU-Archivs zurückgreifen. Ein weiteres Beispiel für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte: Manfred Welan: Hans-Karl Zessner-Spitzenberg. das erste Opfer an der Boku 1938. In: Blick ins Land 5 (1988).

Weitere Vorteile für ehemalige Soldaten: Sie wurden bei der Aufnahme in den praktischen Dienst bevorzugt, die Militärzeit sollte als doppelte Dienstzeit angerechnet werden. Das Professorenkomitee forderte die Realisierung dieser Forderung nicht nur vom öffentlichen Dienst sondern auch vom Großgrundbesitz und von der Großindustrie. Ob diese Intervention erfolgreich war, läßt sich allerdings nicht mehr feststellen.

Über 120 Angehörige der Hochschule wurden im Ersten Weltkrieg getötet, viele gerieten in Kriegsgefangenschaft oder wurden verwundet. Der spätere Rektor (1929/30) Emil Hellebrand kehrte erst Jahre nach Kriegsende aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurück. Das Andenken an die Gefallenen wurde in den zwanziger und dreißiger Jahren ausschließlich als Heldenehrung und nie als Warnung vor dem Krieg verstanden. Das Kriegerdenkmal im Hauptgebäude gibt davon ein beredtes Zeugnis.

Das Studienjahr 1918/19 lief nicht nur unter extrem schwierigen Bedingungen ab, es brachte auch eine Änderung in der staatlichen Verwaltung. Das Professorenkollegium der Hochschule begrüßte den Übergang zu einer republikanischen Verfassung. In einer „Kundgebung an die deutsch-österreichische Nationalversammlung“ vom 14.11.1918 heißt es:

„Das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur bekennt sich rückhaltlos zum deutsch-österreichischen Staate und begrüßt die provisorische Nationalversammlung als die Verkörperung der staatlichen Gewalt und des Gedankens der Selbstbestimmung der Völker. Es wird mit allen Kräften bestrebt sein, sich wirksam in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen, um als die höchste wissenschaftliche Lehr- und Forschungsstätte auf dem Gebiet der Bodenproduktion für deren Hebung und für die kulturelle und fachliche Ausbildung der Hörerschaft tätig zu sein.“⁴⁹

Der Übergang zur Republik hatte wenig Einfluß auf Studienpläne und Zusammensetzung der Professorenschaft. Im Bereich der Studenten und ihrer Vertretung lassen sich jedoch tiefgreifende Veränderungen feststellen. Allgemein läßt sich konstatieren, daß die neugewonnenen Freiheiten im Bereich der Hochschulen und Universitäten zu einem Erstarren des Deutschnationalismus (wie er zum Teil auch in der oben zitierten Stellungnahme erkennbar ist) und des Antisemitismus führten. Eine der wenigen emanzipatorischen Auswirkungen des Übergangs zur republikanischen Staatsform war die Ermöglichung des Frauenstudiums.

⁴⁹Archiv der BOKU, Z. 1711/1917

2.2. Das Frauenstudium in der Ersten Republik

Schon einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wurden Frauen an der Hochschule für Bodenkultur als außerordentliche Hörerinnen zugelassen. Bereits in den Jahren 1909 und 1910 wollten einzelne Studentinnen diesen Status verändern und ein ordentliches Studium an der Hochschule abschließen. Derartige Anträge wurden allerdings zurückgewiesen, obwohl zur selben Zeit an einigen anderen Universitäten Frauen bereits zugelassen wurden.

Im Jahr 1919 richteten einige Studentinnen eine Petition an das Rektorat, die die Zulassung als ordentliche Hörerinnen einfordert.

Das zuständige Staatsamt unter dem großen Schulreformer Otto Glöckel befragt daraufhin die Kollegien der technischen Hochschulen und der Hochschule für Bodenkultur. Auf die überwiegend positiven Resonanz folgt schließlich am 7.4.1919 ein Erlaß, der den Frauen die Zulassung zum ordentlichen Hochschulstudium ab dem Studienjahr 1919/20 zugesteht.

Daß mit einer administrativen Entscheidung die jahrhundertlang bestehenden Vorurteile gegen Frauen im technisch-wissenschaftlichen Bereich nicht über Nacht verschwunden waren zeigt eine Umfrage unter den Professoren aus dem Jahr 1927.

Während einige wenige Professoren (Prof. Hempel) dem Frauenstudium rückhaltlos positiv gegenüberstanden, lautete der Grundtenor, daß sich unter den Frauen keine besonderen Begabungen („nur receptiv begabt“ etc.) finden und sie sehr gut geeignet für die wissenschaftlichen Hilfsdienste („Bürodienst“) seien. Rektor Bauer fügte noch hinzu: „Die Gründe für die mindere Eignung sind biologischer Natur, also unabänderlich.“

Den Vogel schoß aber Prof. Stigler ab, der in seinem Statement allen Ernstes meinte: „Ich halte es für sicher, daß ein großer Teil der studierenden Frauen mehr oder weniger unweiblich ist. Daran ist aber nicht das Studium schuld, sondern umgekehrt: die unweiblichen Frauen drängen sich in unverhältnismäßig großer Zahl zu unweiblichen Berufen und zum Studium.“ Stiglers „logischer“ Schluß: „Meines Erachtens ist eine erfolgreiche Diskussion des Frauenstudiums nur auf sexualphysiologischer Basis möglich.“

In einem waren sich alle Professoren einig: die Studentinnen benahmen sich besser als ihre Kommilitonen. Noch einmal Rektor Bauer:

„Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass an der Hochschule für Bodenkultur die Hörerinnen stets ein den akademischen Gesetzen und der Würde der Lehrstätte vollkommen entsprechendes

Verhalten an den Tag gelegt haben: zu einer Disziplinar- Verhandlung ist es niemals gekommen.“⁵⁰

2.3. Die Radikalisierung der Professoren und der Studentenschaft (vgl. Anhang 1)

Die Zeit zwischen 1919 und 1933 war durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: Einerseits führte die angespannte wirtschaftliche Situation und der Verlust großer Gebiete zu einer deutlichen Verringerung der Hörerzahlen, andererseits erreichte die Politisierung der Hochschule (sowohl bei den Professoren wie auch bei den Studenten) bedenkliche Ausmaße.

Die neugewonnenen Freiheiten der Republik hatten im Hochschulbereich zwei völlig konträre Folgen: Seitens der Regierung wurden die Rechte der Studenten erweitert, die umstrittenen (weil unregulierten) Berufsverhältnisse der Assistenten geklärt und schließlich den Assistenten und Dozenten eine eigenständige Interessenvertretung zuerkannt.

In den zwanziger Jahren war die Hochschule für Bodenkultur zwar noch nicht das berüchtigt „heiße Pflaster“ wie in den Jahren 1933/34, die Stimmung war aber fast ständig aufgeheizt. Auf der einen Seite stand das hierorts (an anderen Universitäten hatte es auch in der Monarchie schwere Zusammenstöße aus nationalen Gründen gegeben) bislang völlig ungewohnte, aggressive Benehmen der Studenten, die sich keineswegs an die überlieferten Verhaltensregeln halten wollten, auf der anderen Seite waren natürlich auch die Professoren von der neuen Situation (soziale Unsicherheit, veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, finanzielle Ausdünnung, deutlicher Rückgang der Hörerzahlen) betroffen.

2.3.1. Die Professoren

Das Professorenkollegium plant am 21.11.1918 eine Denkschrift an den Staatsrat, die drei wichtige Forderungen enthalten soll und im dritten Punkt schon eine gefährliche Tendenz erkennen läßt:

- 1) Die Erweiterung und Vertiefung gewisser Fächer, um der „territorialen und wirtschaftlichen Verkleinerung des Staates zu begegnen“.
- 2) Eine Erweiterung der Selbstverwaltung bei gleichzeitiger Ausschaltung „entbehrlicher Zwischeninstanzen“.

⁵⁰Alle Zitate nach Archiv der BOKU, Z. 201/1927 (22.2.1927)

3) Die „nationale Reinigung des Lehr- und Beamtenkörpers“, Unterstützung der deutschen Hochschulen, die jetzt im fremdsprachigen Ausland (Prag, Brünn) liegen.

Dieser Forderungskatalog wird am 20.12 1918 durch ein besonders interessantes (heute eher ungewöhnliches) Anliegen ergänzt: Das Professorenkollegium protestiert gegen die Pensionierung der Hochschullehrer mit 70 Jahren. Und zwar mit Argumenten, die man aus zeitgenössischen Sparpaketen kennt: Das Potential würde nicht ausgenutzt, die meisten Professoren seien in diesem Alter noch arbeitsfähig, diese Maßnahme komme zu teuer etc.

Die Studier erleichterungen für ehemalige Soldaten bescherte der Hochschule einen bis zu die siebziger Jahre bestehenden Rekord an Hörern und Absolventen. Das Staatsamt für Inneres und Unterricht sah sich 1919 gezwungen Inskriptionsrichtlinien zu erlassen, um den Ansturm auf die Hochschule halbwegs unter Kontrolle zu bekommen:

Die ersten fünf Tage durften ausschließlich „Deutschösterreicher“ inskribieren. Nach Maßgabe der noch vorhandenen Plätze folgten Österreicher „nichtdeutscher Nationalität“ und schließlich Studierende, die nicht die deutschösterreichische Staatsangehörigkeit hatten. Dabei wurden bevorzugt Deutsche aus dem Deutschen Reich bzw. aus den Nachfolgestaaten der Monarchie aufgenommen.

Die Professoren nutzten die Gelegenheit und verhängten (wir schreiben das Jahr 1919!) einen Aufnahmestop für jüdische Studenten, die nicht aus Österreich stammen. Als die Studentenschaft (und zwar sowohl die deutschnationale wie auch die katholische Fraktion) am 1.11.1923 einen Numerus clausus für inländische jüdische Studenten forderte, antwortete das Professorenkollegium, daß der Numerus clausus kein durchführbares Mittel zur „notwendigen Bekämpfung der sittlich und wirtschaftlich unverkennbar schädigenden Auswüchse des Judentums auf die kulturelle Entwicklung der Menschheit wäre.“⁵¹

Diese Aussage (die übrigens mit Mehrheit, also nicht einstimmig, angenommen wurde) löste heftige publizistische Reaktionen aus, mindestens fünf Tageszeitungen rückten die Meldung auf Seite 1 (darunter die „Neue Freie Presse“ und die „Arbeiter-Zeitung“), das Unterrichtsministerium sah sich gezwungen, eine Stellung der Hochschule zu verlangen. Das Professorenkollegium versuchte einen halben Rückzieher und wollte nur „Einzelgestalten“ wie Bela Kun und Rosa Luxemburg gemeint haben, die befeuernde Wirkung auf den antisemitischen Ungeist der studierenden Jugend war aber nicht zu leugnen, die sich

⁵¹Archiv der BOKU, Z. 1037/1923

wenigstens auf das stillschweigende Wohlwollen der Professoren bei antisemitischen Übergriffen verlassen konnte.

2.3.2. Die Studenten

Doch zurück zu den Studenten: Die Generation der Kriegsheimkehrer, die direkt von der Front an die Hochschule zurückgekehrt waren, hatte wenig Zukunftsaussichten - auch ein absolviertes Studium bedeutete keineswegs die Garantie für einen Arbeitsplatz. Daß unter diesen Rahmenbedingungen übersteigter Nationalismus, überzogenes Standesbewußtsein und eine unglaublich gewalttätige Sprache sehr gut gediehen, überrascht nicht weiter.

Die Hochschule für Bodenkultur wurde sehr rasch zu einer Hochburg der deutschnationalen Studenten (die damals allerdings an fast allen Hochschulen in der Mehrzahl waren). Das bedeutete damals: einen geradezu ungezügelden (verbalen) Antisemitismus, aggressiven Antimarxismus und eine Verherrlichung des eben überstandenen Krieges.

In der Ersten Republik gab es keine (der Österreichischen Hochschülerschaft auch nur annähernd ähnliche) gesetzlich verankerte Studentenvertretung. Die Bestrebungen gingen in eine andere Richtung. Die Autonomie der Hochschulen wurde so stark betont, daß jede Einmischung des Staates in die innere Ordnung der Hochschulen zurückgewiesen wurde.

Die Hochschule für Bodenkultur war der Vorreiter einer neuen, später vom Rektor der Wiener Universität dem Juristen Wenzel Graf von Gleispach (dem späteren „Erfinder“ des Volksgerichtshofs, soviel zu seiner politischen Orientierung) besonders propagierten, Universitätsverfassung. Diese „Verfassung“ sah in Anlehnung an mittelalterliche Vorbilder die Gründung von Studentennationen vor, die jedoch nicht an die staatliche Nationalität gebunden war. Alle „Nationen“, die mehr als zehn (später: fünf) Prozent der Studenten auf sich vereinigen konnten, durften sich konstituieren, die „Nationen“ konnten (ohne Rechenschaft ablegen zu müssen) Studenten von der Mitgliedschaft ausschließen.

Im Klartext hieß das: Nur die „Deutsche Studentenschaft“ konnte die Hürde überspringen. Sie nutzte die „Freiheiten“ der Verfassung natürlich zum Ausschluß der jüdischen Studenten (fast 15 Jahre vor den Nürnberger Rassengesetzen!) Diese Regelung löste heftige öffentliche Diskussionen aus. Die kleine Schar der sozialistischen Studenten blieb der von ihr grundsätzlich abgelehnten „Studentenschaft“ fern. Und so beschränkte sich die Klientel auf die deutschnationalen und katholischen Studenten.

An der Hochschule für Bodenkultur gehörten ca. 2/3 der deutschnationalen und 1/3 der katholischen Richtung an. Wer den Ton angab, das zeigen folgende Fakten: Als Symbol (Stempel) benutzte die Studentenschaft schon in den frühen zwanziger Jahren das Hakenkreuz, mehr als die Hälfte ihrer Resolutionen bis 1930 war antisemitischen Inhalte. An der Hochschule kam es aus diesen Gründen (etwa aus Protest gegen die Zulassung jüdischer Studenten) zu Streiks und Aufmärschen, die sogar den Ministerrat beschäftigten.⁵²

So verwundert es nicht, daß die Studentenschaft ab den frühen dreißiger Jahren immer stärker von Nationalsozialisten dominiert war. Die katholischen Studenten, die anfangs die Forderungen ihrer deutschnationalen Kommilitonen mitgetragen hatten, waren ab 1931/32 nicht mehr bereit, die Politik der Studentenschaft zu unterstützen. Die Deutsche Studentenschaft verwandelte sich in eine rein nationalsozialistische Institution.

2.4. Die schwerste Krise (1932-1934)

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die politische Situation trafen die Hochschule für Bodenkultur besonders schwer. Der Ministerrat diskutierte offen über ihre Auflösung bzw. Fusionierung mit der Veterinärmedizinischen Hochschule, die Deutsche Studentenschaft fand sich ab 1931 fest in der Hand der Nationalsozialisten, die katholisch-deutschen Studenten verließen diese Einrichtung im Winter 1932/33.

Bis zum Studienjahr 1930/31 waren die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Hochschule langsam aber stetig angestiegen, 1931/32 kam es zu einer empfindlichen Reduktion der Mittel, die 1932/33 dann überhaupt ausblieben. Die Hochschule finanzierte sich allein aus den Auditoriengeldern, die natürlich erhöht („Krisenzuschlag“) werden mußten. Damit kam der Forschungsbetrieb endgültig zum Erliegen. Die Auswirkung auf die Hörerzahlen blieb nicht aus: Die Hochschule, die nach dem Ersten Weltkrieg noch fast 1800 Hörer gehabt hatte, zählte nur mehr knapp 400 Studenten.

Diese Zahlen (und wohl auch die politische Situation) veranlaßten den christlichsozialen Unterrichtsminister Schuschnigg über die Auflösung der Hochschule als selbständiger Einrichtung nachzudenken. Das Rektorat sah sich mitten in der Inskriptionszeit gezwungen, diese Gedanken als Gerüchte zu qualifizieren. Gleichzeitig wurde die staatliche Kontrolle und damit die Einschränkung der Autonomie der Hochschule immer spürbarer.

⁵²Vgl. etwa Protokolle des Ministerrats, Nr. 381 (25.8.1925), Tagesordnungspunkt 4

Im Jahr 1932 werden die Wahlen zur Deutschen Studentenschaft abgesagt, die Nationalsozialisten fördern mit allen Mitteln die Wehrerziehung an der Hochschule: Gegen den Widerstand der Professoren wird der Bau eines Turnsaals gefordert, im Keller des Hauptgebäudes wird ein Schießstand errichtet. Die Rektorenkonferenz versuchte (mit untauglichen Mitteln) gegenzusteuern: Am 22.12.1932 wurde das Tragen von Uniformen und großen Parteiabzeichen auf Hochschulboden untersagt.

Das hinderte eine große Zahl von Studenten nicht, bei einer großen Anschlußkundgebung am 7.3.1933 (Anlaß war der Wahlsieg der NSDAP bei den unter terroristischen Bedingungen abgehaltenen deutschen Reichstagswahlen) im Festsaal in Parteiuniformen zu erscheinen. Dabei wurden staatsfeindliche Reden („Österreich lebt seit 14 Jahren in Knechtschaft!“ etc.) geschwungen und verbotene Symbole getragen. Was aber für die Behörden weit schwerer wog: Die Veranstaltung wurde auch von einer Abordnung des Professorenkollegiums besucht, ja Prorektor Olbrich, ein glühender Nationalsozialist, ergriff bei dieser Veranstaltung selbst das Wort...

Unter diesen Bedingungen (die nazifeindlichen Professoren konnten gegen diese Umtriebe nur Separatvota einbringen, sie blieben normalerweise in der Minderheit) überrascht es nicht, daß Werbeplakate für die SS angebracht wurden und Vorträge wie „Der Einfluß der Juden auf die Kultur“ auf Hochschulboden stattfinden konnten. Am 5.5.1933 konnten „unbekannte Täter“ eine Hakenkreuzfahne am Turm anbringen, Ende des Monats kam es zu größeren Ausschreitungen, die wieder einmal eine Sperre der Hochschule zur Folge hatten.

Mit dem Verbot der NSDAP in Österreich wurde auch die Deutsche Studentenschaft (Erlaß vom 26.7.1933, durchgeführt am 21.9.1933) aufgelöst.

Mit einer Verordnung der Bundesregierung vom 28. September 1933 wird der erste Jahrgang in allen drei Studienrichtungen (ausgenommen: Chemie) ausgegliedert (an die Technische und an die Tierärztliche Hochschule). Diese Maßnahme wird in einer amtlichen Mitteilung an den Rektor wie folgt begründet:

- Mißverhältnis zwischen Hörerzahl und Gesamtaufwand
- keine Aussichten für die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt
- „gewisse Vorgänge auf dem Boden dieser Hochschule“.

Diese Maßnahme brachte zwar keinen großen Einsparungseffekt sondern führte zu großer Verwirrung unter den Studenten und förderte die ohnehin schon vorhandene Unruhe. Wegen

offensichtlicher Sinnlosigkeit wurde diese Maßnahme nach einem Semester wieder außer Kraft gesetzt.

Während des Sommersemesters 1934 wurde die Stimmung an der Hochschule immer mehr angeheizt: Das Ministerium reagierte auf die immer offener zur Schau gestellte nationalsozialistische Gesinnung der Mehrzahl der Studenten mit harten Disziplinermaßnahmen (vom generellen Verbot des Verteilens von Flugzetteln bis zur Relegierung von Studenten wegen nationalsozialistischer Betätigung).

Da man (nicht ohne Grund) dem Rektorat und dem Professorenkollegium keine hartes Durchgreifen zutraute, wurde am 3.5.1934 ein „Bundeskommisär“ für die BOKU eingesetzt, dem der Rektor unterstellt war. Damit war die Hochschulautonomie praktisch beseitigt worden.

Die nationalsozialistischen Studenten reagieren darauf zuerst mit Flugzetteln und wenig später, am 16.5., erstmals mit Bomben: Im Park vor der Hochschule explodieren zwei Papierböller, danach zwei Böller vor den Eingängen, schließlich eine Stinkbombe vor dem Rektorat, bei „mißliebigen“ (=regierungstreuen) Professoren wird der Unterricht mittels Stinkbomben verhindert. Insgesamt explodieren an diesem Tag acht Böller und eine unbekannte Zahl von Stinkbomben.

In der Nacht vom 24. zum 25. Mai detonierte eine Bombe im Festsaal, am 8. Juni kam es zu den nächsten Explosionen. Dabei entstand jeweils beträchtlicher Sachschaden. Die Reaktion der Behörden ließ nicht lange auf sich warten. Bundeskommisär Skrbensky ließ die Hochschule sperren, verhängte finanzielle Sühnemaßnahmen und beseitigte die letzten studentischen Freiheiten.

Anhang 1: „Braune“ Vergangenheit der Hochschule für Bodenkultur 1918-1938

Zusammenstellung von Materialien aus dem Archiv der BOKU

1. Teil 1918-1933

Seitens der Studentenschaft:

Vor 1918 Verbot des Betätigungsverbot für einige Hochschulverbindungen, die offen antisemitisch agierten.

Nach 1918 neue Blüte des Korporations- und Vereinswesens an der Boku (vgl. Akt 826/1919), Gründung der „Deutschen Studentenschaft“, die alle nichtjüdischen, nichtsozialistischen Studenten der Hochschule vertrat. In den ersten Jahren war die antisemitische Propaganda die Hauptbeschäftigung der „Studentenschaft“. Einige der markanten Texte:

370/20: Gegen jüd. Studenten und Professoren, Forderung nach numerus clausus für Juden

935/21: Protest gegen die Verleihung von Ehrendoktoraten an Juden

1933/22: „Beleidigung der Dt. Studentenschaft“ durch einen jüd. Studenten.

1337/23: Einstimmige Resolution der Dt. Studentenschaft gegen die Inskription ausländ. Juden.

1368/23: Protest gegen die „Hetze der Judenpresse“ gegen deutschnationale Studenten

1596/23: Protest der radikalsten Antisemiten gegen die Laschheit der Professoren

490/25: Streik und Sperre der Hochschule wegen gewalttätiger Proteste gegen die Aufnahme von „Auslandsjuden“ (mit Zeitungsausschnittsammlung)

577/25: „Denkschrift“ des Kulturamtes der Deutschen Studentenschaft über die „Deutschenhetze durch die Judenpresse“ („Jüd. Zensur und Geistesterror“ etc.).

1368/29: Gründung des Studentenfreikorps gegen „Klassenhaß, der von fremdvölkischen, revolutionären Ideen geleitet wird. Von Rektor Hellebrand begeistert begrüßt.

Ab 1929/1930 verstärktes Auftreten des Nationalsozialistischen Studentenbundes.

270/33: „Anschlußfeier“ der Waffenstudenten der Hochschule unter Teilnahme von Prorektor Olbrich und anderer deutschnationaler Professoren.

289/33: Kulturamt der Hochschule hält Vortrag über den „Einfluß der Juden in der Kunst“ ab.

446/33: Hakenkreuzfahne wird vom Turm der Hochschule entrollt.

581/33: Sperre der Hochschule wegen Unruhen.

Seitens der Professorenschaft

823/20, 897/20: Direkte Unterstützung der antisemitischen Studentenforderungen (370/20) durch die Professorenschaft

2065/22: Antisemitische Formulierungen in einem Brief des Rektorates

1037/23: Professoren lehnen „Numerus clausus“ als undurchführbar ab, fordern aber die „notwendige Bekämpfung der sittlich und wirtschaftlich unverkennbar schädigenden Auswüchse des Judentums auf die kulturelle Entwicklung der Menschheit“.

1259/23: Protest der Union Deutsch-Österreichischer Juden gegen 1037/23. Ministerium fordert von den Professoren Klarstellung. Diese bekräftigen ihre Aussagen, wollen sie aber nur auf die „Ostjuden“ gemünzt haben.

117/25: Professoren-Kollegium bestätigt die „rigorose Aussperrung“ von ausländ. Juden. Es drohe die „Hochschulverjudung“.

1300/29: Nach Hochschulunruhen und einer längeren Sperre dankt Rektor Hellebrand der Dt. Studentenschaft für die tadellose Haltung im Kampf um die „wahre Volksgemeinschaft“. Die „planmäßig betriebene Hetze gegen die Weltanschauung“ der Mehrheit habe zu „Entladungen“ geführt.

270/33: Sitzungsprotokoll (2.3.1933) des Professorenkollegiums betreffend die Abhaltung einer „Anschlußkundgebung“ nach den deutschen Reichstagswahlen am 7.3.1933. Berichte von dieser Feier. Anzeigen gegen Professoren, die gegen die „hochverräterischen“ Reden nichts unternommen haben.

333/33: Rektorat erlaubt und schützt das Affichieren von SS-Werbepublikationen.

2. 1933-1938

767/33: Auflösung der Dt. Studentenschaft der Hochschule für Bodenkultur, die Fachvereine und die schlagenden Verbindungen bleiben jedoch bestehen.

Auswirkungen auf die BOKU (28.9.1933): Übergabe der Räumlichkeiten, Entzug der Anschlagkästen und -plätze. Nicht aufgelöst werden die Burschenschaften „Sylvania“ und „Hubertus“ und die drei Fachvereine (LDW, FW, KT)

936/33: Erste Enthebung (4.11.1933) eines Professors (Dr. Kölbl).

42/34: Vaterländische Front der Hochschule fordert Ankauf einer Dollfuß-Büste. Rektorat lehnt ab: „Geldmangel“.

160/34: Prof. Zessner-Spitzenberg beschwert sich über die Störung seiner Vorlesung (30.1.)

223/34: Alle Studenten müssen bei der Inskription unterschreiben, daß sie vom Verbot der NSDAP, der KPÖ, der SDAPÖ und des Steir. Heimatschutzes informiert wurden.

230/34: Generelles Verbot des Verteilens von Flugzetteln.

296/34: Titel-Aberkennung wegen nationalsoz.. motivierter Bombenanschläge.

326/34: Relegationen (8.Juli) von 6 nationalsoz. Studenten (von einem Semester bis lebenslang)

191, 515, 574, 581, 634, 666, 681, 714, 777, 832, 872, 929, 946, 1031, 1032, 1055, 1135, 1169, 1184, 1258/34;

30, 114, 158, 159, 276, 350, 367, 368/35;

21/36;

378, 772, 779/37

187/38: Bestrafungen, Relegationen, Gnadengesuche von Hörern der Hochschule (ausnahmslos in Zusammenhang mit illegaler nationalsozialistischer Betätigung).

523/34: „Zeitweilige Einsetzung eines Bundeskommissars für die Hochschule vom 3.5.1934 angefangen“. Rektor, Professorenkollegium sind entmachtet, Verlust der Hochschulautonomie.

551/34: Nationalsozialistische Flugzettel (9.5.1934), Stehkonvent am 16.5. endet mit der Explosion von insgesamt 8 Böllern und einer unbekanntem Zahl von Stinkbomben, zahlreiche Flugzettel, Verhaftungen. Anbringung eines Hakenkreuzes an der Tür von Prof. Zessner-Spitzenberg (14.5.). Danach rigorose Kontrollen beim Betreten der Hochschule, Einrichtung einer Polizeiwache im Hauptgebäude. Generelle Torsperre zwischen 18 und 8 Uhr.

609/34: Der kommissarische Leiter der Hochschule Hofrat Skrbensky ordnet die genaue Untersuchung aller Hörsäle vor und nach den Lehrveranstaltungen an.

639/34: Skrbensky an die Lehrkanzelvorstände (5.6.1934): Verschärftes Augenmerk auf nat.soz. Betätigung!

653, 551/34: Neuerlicher Bombenanschlag in der Nacht zum 8. Juni (Festsaal). Schließung der Hochschule bis 25.6.

660/34: Kosten für die Schadensbehebung werden den Studenten auferlegt. Befreiungen nur für solche, „deren Vaterlandstreue bekannt ist“. Ausländ. Studenten werden im selben Ausmaß zur Schadenstilgung herangezogen. Interventionen der tschechoslowak. und der bulgar. Gesandtschaften zugunsten ihrer Staatsangehörigen.

595/34: Skrbensky regt das Verbot der Fachvereine und der „Sylvania“ an, die Prof. Kölbl mit großem propagandistischem Aufwand verabschieden.

699/34: Wiederaufnahme des Betriebs: Eintritt nur nach Bezahlung des Schadensersatzes, mit Eintrittsschein, Lichtbildausweis, nach ausnahmsloser Aktentaschenkontrolle (auf eigenen Wunsch auch bei Professoren) und nur durch das Haustor. Alle Schlösser wurden ausgewechselt, die Herstellung von Duplikaten ist strengstens verboten.

702/34: Rundschreiben (21.6.), das die Lehrenden zur Ahndung von staatsfeindlicher Tätigkeit in versteckter Form (Bemerkungen, Wechselreden, politische Witze) verpflichtet

707/34: Professorenkollegium verurteilt (22.6.) die „gewalttätigen Anschläge“ „aufs schärfste“. Die Presse hatte eine derartige Erklärung eingefordert!

726/34: Protest der Professoren gegen eine Karikatur aus „Der Morgen“, das einen BOKU-Studenten in SA-Uniform beim Bombenbasteln zeigt.

853/34: Nichtaufnahme von polit. vorbestraften Mittelschülern.

891/34: Skrbensky wird zum „Kommissär für die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den österreichischen Hochschulen“ bestellt (20.9.)

898/34: Dienstenthebung der Professoren Hellebrand, Vogel, Stigler, Haempel, Porsch.

1071/34: Ausbürgerung eines nach Deutschland geflüchteten Assistenten.

84/35: Abrechnung der eingehobenen Beträge für den Schadenersatz. (21.1.1935)

313/35: Beschränkung des Wirkungskreises des „Amtes für Leibesübungen“.

517/35: Dank des Professorenkollegiums (8.6.) an Bundeskanzler Schuschnigg wegen des mutigen Eintretens „für die Erhaltung der Selbständigkeit des österr. Vaterlandes“.

20/36: Maßnahmen gegen Bundesangestellte, „deren Frauen sich staats- und regierungsfeindlicher Betätigung schuldig machen“. (3.1.1936)

668/36: Mitgliederliste der Vaterländischen Front an der BOKU: Auch jene Professoren, die sich nach dem „Anschluß“ als „Illegale“ entpuppten, waren in der VF.

744/36: Auflösung der freiwilligen Wehrverbände (20.10), darunter auch aller akad. Wehrverbände.

791/36: Das Tragen von Hakenkreuzabzeichen auf akad. Boden bleibt sowohl für Inländer wie auch für Reichsdeutsche untersagt. (9.11.)

185/37: Vermögen der Dt. Studentenschaft wird dem studentischen Führungsapparat (Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs) übergeben.

762/37: Gleichstellungsbestimmungen für reichsdeutsche Hörer.

763/37: Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten zwischen Deutschland und Österreich.

215/38: Einhellige Stellungnahme des Professorenkollegiums in einem Telegramm an Schuschnigg (25.2.): „unerschütterliche Vertrauen in die Führung der Geschicke Österreichs durch Eure Exzellenz“.

210, 243/38: Bestätigung des Hakenkreuzverbotes (23.2. und 8.3.1938)

Anhang 2: Das Archiv der Universität für Bodenkultur.

Vorschläge und Anregungen für eine Neugestaltung

Erstellt von Mag. Paulus Ebner. Beratung: Dr. Leo Kammerhofer (Haus-, Hof- und Staatsarchiv)

Das Archiv der Boku in seiner bisherigen Form (also ohne Personal- und Inskriptionsarchiv) weist einen weitgehend geschlossenen, historisch gewachsenen Bestand⁵³ auf, der auf keinen Fall getrennt werden sollte. Dieses Archiv wurde bislang nicht wissenschaftlich aufbereitet und sehr selten genutzt. Die Jahrgänge 1872 bis 1920 sind durch Skartierungsaktionen ziemlich dezimiert, ab 1920 ist der Bestand aber fast vollständig vorhanden. Einziges - allerdings schmerzliches - Manko: es fehlen die Personalakten (Standesakten) für die Zeit vor 1948.

Unserer Meinung nach sollte dieser Bestand unbedingt im Verband der BOKU bleiben, eine Übergabe der Akten (etwa an das Staatsarchiv), die zu Anfang des Forschungsprojektes ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, wirkt wie eine „Weglegung“ der eigenen Geschichte.

Außerdem werden die alten Akten (vor 1945) immer wieder von Diplomanden und Dissertanten (vor allem zur Erstellung von Personalstudien), von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und auch von Privatpersonen in Anspruch genommen, wie der Autor während seiner Tätigkeit als „ehrenamtlicher Archivar“ im letzten Jahr feststellen konnte. Die längst notwendige sorgfältige Katalogisierung des Bestandes kann im Rahmen dieses Projektes wohl geleistet werden, eine erste (oberflächliche) Bestandsaufnahme wurde jedoch durchgeführt.

Eine Bemerkung noch zu anderen Universitäten und Hochschulen: Daß eine Universität von der Größe der BOKU über keinen Archivar und keinen geregelten Zugang zum Archiv verfügt, stellt sicherlich eine Zurückstellung gegenüber vergleichbaren Institutionen dar.⁵⁴

Das Archiv dient aber nicht nur dem historischen Interesse, sondern stellt natürlich auch als Registratur für den laufenden Geschäftsbetrieb. In der jetzigen Form kann es seine Aufgaben

⁵³ Der Bestand wird hier nicht im Detail aufgelistet. Er umfasst - grob gesprochen - alle das Rektorat betreffenden Akten von 1872 (Gründung) bis in die Gegenwart, Ausnahmen bilden die nicht auffindbaren Standesakten vor 1948 (ein Großteil davon dürfte unmittelbar vor dem Einmarsch der Russen in Wien im Hof des Hauptgebäudes verbrannt worden sein) und jene Akten, die Skartierungsaktionen zum Opfer gefallen sind. Der Zugang erfolgt über Protokollbücher und Indices.

⁵⁴ Ich verweise auf die Sitzung der „Archivare an wissenschaftlichen Einrichtungen“ im Universitätsarchiv Wien, an dem ich sozusagen als „inoffizieller“ Vertreter der BOKU teilnehmen konnte. Einige der dort vertretenen Hochschulen verfügen über ein wesentlich kleineres und „jüngeres“ Archiv als die BOKU, von den Hörerzahlen gar nicht zu reden.

nicht im gewünschten Ausmaß erfüllen. Die folgenden Ausführungen verstehen sich als erste Anregungen für eine Neugestaltung des Archivs.

Vorschläge für die Archivgestaltung

Vor allem zum Schutz gegen den lästigen Staub ist die Unterbringung der bislang in Faszikel aufbewahrten Akten in Archivschachteln aus Karton zu empfehlen. Bei dieser "Umbettung" sollte auch gleich eine Ordnung der Bestände vorgenommen werden. Einige (wenige) Faszikel erscheinen nämlich völlig ungeordnet. Danach kann eine Folierung durchgeführt werden, wie es bislang für die ersten sieben Jahre geschehen ist.

Als nächster Schritt wäre eine Mikroverfilmung ins Auge zu fassen, und zwar in erster Linie als Sicherheitsverfilmung, eventuell auch als Benutzerfilm (natürlich nur, wenn der Ankauf eines Lesegerätes möglich ist).

Eine Compactus-Anlage wäre nicht nur aus Gründen der leichteren Zugänglichkeit zu empfehlen (der Zugang zu den Faszikeln in der obersten Reihe gestaltet sich teilweise geradezu halsbrecherisch), damit wäre auch für eine optimale Raumausnutzung und den bestmöglichen Schutz der Archivalien gesorgt.

Ein weiteres Ziel ist die Vervollständigung der momentanen Archivverzeichnisse, und zwar durch die Aufarbeitung der nicht-indizierten bzw. nicht-protokollierten Akten, deren Zahl in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Im Einvernehmen mit der Bibliothek könnte die Erfassung aller Prüfungsarbeiten ins Auge gefasst werden. So würde es uns sinnvoller erscheinen, die Habilitationsarbeiten in der Bibliothek aufzustellen.

Sollte das Archiv - was uns angesichts des hochinteressanten Bestandes sehr wünschenswert erscheint - öffentlich zugänglich gemacht werden, so müßten Benutzungsrichtlinien erstellt werden. Außerdem fehlt mindestens ein Benutzerplatz. Momentan gibt es genau zwei Sitzmöglichkeiten

Der Raum

Für die nächsten Jahre erscheint der Archivraum durchaus ausreichend: Vor allem wenn das hier zwischengelagerte Bestände (etwa die eben angesprochenen Habilitationen oder alte Vorlesungsverzeichnisse) anderswo untergebracht werden und eine Compactus-Anlage

installiert wird, scheint die momentane Abstellfläche mittelfristig ausreichend. Dabei könnte sogar die Direktionskanzlei räumlich entlastet werden.

Sollte an eine Zusammenfassung aller Archive (Personalakten, Inskriptionsakten) gedacht sein, so wäre die eben getroffene Einschätzung natürlich nicht mehr gültig.

Resumee

Eine ständige, kompetente Betreuung (eventuell über einen Konsulentenvertrag) des Archivbestandes scheint für die Durchführung der eben angeführten Pläne unabdingbar. Ein wünschenswerter Nebeneffekt liegt in der Entlastung des Kanzleipersonals durch Anfragebeantwortungen und Benutzerbetreuung bzw. das Ordnen, Folieren und eventuell Verfilmen der Akten. Zum Schluß sei noch angemerkt, daß der wirklich hochinteressante Bestand des Archivs eine diesbezügliche Gleichstellung der Boku mit anderen Universitäten dringend notwendig erscheinen läßt.

Kontaktadresse:
Mag. Paulus Ebner
Neustiftgasse 56/12
1070 Wien
Tel.: 5229065